

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Vertrieb: wöchentlich Samstag. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 RM. Einzelnenpreis die Spedition Colonietelle für Arbeiter, Berliner 75 Pfa., Geschäfts- und Privatadressen 1 RM.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 635. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Keine Anzeigenannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 6.

Duisburg, den 8. Februar 1919.

20. Jahrgang

Nicht locker lassen

Die Wirkungslosigkeit unserer Organisation ist zum großen Teile von der Zahl ihrer Mitglieder abhängig. Aus diesem Grunde ist denn auch unsere Tätigkeit in der Hauptsache auf die Agitation gerichtet. Hier sind es nun meistens immer noch die alten Einwände, die uns entgegengehalten werden. Sie sind meist so leicht und oberflächlich, daß man fast meinen sollte, selbst die berühmte Geduld des Papiers würde durch die Niederschrift all dieser Oberflächlichkeiten auf eine zu harte Probe gestellt. Sie sind oft so fernliegend, daß, wer sie zum ersten Male hört, einen Augenblick fragt, wie sie zu den entscheidenden Argumenten denn eigentlich in Beziehung zu bringen sind.

„Wenn erst die anderen Inorganisierten in den Verband treten, dann werde auch ich mich aufmachen lassen.“ So hören wir den einen sagen. „Die andern.“ — Was unter dieser Äußerung denn von den andern, daß er glaubt, auf diese warten zu müssen. Wer so spricht, bedenkt nicht, daß er für diese andern weder der andere ist, auf den diese weder zu warten vorzugeben. Erst die andern. — Hätten unsere alten Gewerkschaftler sich auch von diesem Prinzip leiten lassen, es stände wohl schon um die Arbeiterschaft. Sie haben Gott sei Dank nicht erst auf andere gewartet. Lediglich aus der Erkenntnis der Notwendigkeit haben sie die ganzen mühseligen Opfer auf sich genommen, die ihnen aus dem Terrorismus und dem Widerstand der Arbeitgeber, zum großen Teil auch aus dem Unverständnis der eigenen Arbeitkollegen erwachsen. Sie strebten und arbeiteten auch für sie, die ihnen durch ihre gewerkschaftliche Untätigkeit die größten Hemmnisse entgegenstellten. Oft, unter den denkbar schlechtesten Lohnverhältnissen, trugen sie dennoch ihre Großen zusammen. Die Großen, die die allmähliche Auswärtsentwicklung der Gewerkschaften erst ermöglichten. Wer denn absolut auf andere sehen muß, der hat hier wirklich große und nachahmenswerte Beispiele genug.

Bei den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen weiß man natürlich, welcher Organisation man sich denn eigentlich anschließen soll. Ebenfalls ein oft gehörter Einwand. Zunächst weiß man nicht, ist hier zu allgemein gesprochen. Den so sprechenden Inorganisierten müssen wir schon bitten, die erwähnte, ungeheure gewerkschaftliche Rückständigkeit etwas mehr auf seine eigene Person zu beschränken. Denn Tausende und Abertausende haben begriffen, worauf es ankommt. Zweite Systeme sind es, die hier miteinander ringen. Auf der einen Seite ist es der Materialismus, der von der Veränderung rein äußerer Verhältnisse alles erwartet. Er ist aus demselben Geiste geboren, wie der Kapitalismus und Mammonismus und kann deshalb in seinen Endergebnissen auch nicht fruchtbarer sein. Auf der andern Seite ist es die christliche Weltanschauung. Sie sucht auf die innere sittliche Verantwortung des Menschen aufzubauen, weil eben das Verantwortliche Gefühl des einzelnen, eine Neuordnung unserer Verhältnisse nach den Prinzipien der Gerechtigkeit erst ermöglicht und sie allein auf ihr Dauer zu geben vermag. Für den noch christlich denkenden Arbeiter ist deshalb der Eintritt in die christliche Gewerkschaft dringendste Pflicht geworden.

Nun gibt es unter den Inorganisierten noch welche, die schon einmal einer Organisation angehört haben. Trifft man zu diese heran, um sie wieder in die Organisation aufzunehmen, dann stehen sie gleich bedenklieh die Schultern. Sie haben dann gleich eine ganze Geschichte von erlebten Enttäuschungen vorzubringen. Entweder, gelegentlich einer Lohnbewegung ist gerade ihre Gruppe zu wenig berücksichtigt worden, oder als Inorganisierte ist ihnen die Streikunterstützung zu gering gewesen, oder auch, sie haben von anderen Vorkommnissen zu berichten, in der dieses oder jenes Vorstandsmitglied, dieser oder jener Vertrauensmann eine unwürdige Rolle gespielt haben soll. Sucht man diesen Angaben auf den Grund zu kommen, dann merkt man bald, daß es sich meist um recht einfältige Dinge handelt, die sich erst in der Erinnerung und durch die lange Zwischenzeit zu grotesken Formen auswachsen konnten. Diese Leute, die in der Regel sehr erfahren tun, haben, wie ihren Reden leicht zu entnehmen ist, zwischen einem Regellub und einer Berufsorganisation wohl nicht unterscheiden gelernt. Ihnen ist auch die Berufsorganisation oft nicht mehr als eine Art Begegnungsort, dessen Veranstaltungen man besucht oder fern bleibt, ganz danach, wie einem die Gesellschaft sympathisch ist.

Selbst der veränderten Verhältnisse ist aber auch noch eine neue Mediansart in Umlauf gekommen. Mancher Inorganisierte glaubt nämlich, mit dem Hinweis auf unsere demokratische Staatsverfassung, die Gewerkschaftsbewegung als überflüssig bewiesen zu haben. Nur auf völlige Unkenntnis der Dinge kann eine solche Meinung zurückgeführt werden. Demokratie heißt eben Volksherrschaft. Während man in einer monarchischen Staatsverfassung, selbst die Mitarbeit der einzelnen Berufsstände an der Regierung niederhalten sucht, liegt bei der Demokratie die Regierungsgewalt ausschließlich in den Händen der einzelnen Stände und Berufsstände. Um sich nun nach Möglichkeit einen Einfluß auf die Politik des Staates zu sichern, kommt es für die Zugehörigen eines Standes sich möglichst auf ein Programm zusammenzufinden. Dies kann aber nur durch die Organisation geschehen. Denn nur in der Organisation können etwaige Meinungsdivergenzen

geschlichtet und zu den schwebenden Tagesfragen durch eine einheitliche Meinungsäußerung Stellung genommen werden. Aber auch selbst, wenn unsere Interessen nicht gefährdet erscheinen, so bleiben dennoch tausend Fragen, die aus der sich ständig ändernden Arbeitsweise sich immer wieder ergeben, nach wie vor der freien Vereinbarung zwischen Arbeiter und Arbeitnehmer überlassen. Die Erörterung nun all dieser Fragen, wie auch die Notwendigkeit, der Arbeitsvertrag beim Abschluß von Tarifverträgen einem gleichwertigen Kontrahenten gegenüberzustellen, wird uns die Organisation abermals unentbehrlich machen.

Mancher Inaktivator wird nun schon die Beobachtung gemacht haben, daß viele Inorganisierte selbst nicht von ihren Einwänden überzeugt sind, noch viel weniger andere hiervon zu überzeugen hoffen. Sie haben die Notwendigkeit der Organisation, wie auch die Pflicht ihres Beitritts wohl erkannt. Nur kleine persönliche Vorurteile verdrängen sie noch abzuhalten. Das merkt man an der Art, wie sie jeder sachlichen Auseinandersetzung auszuweichen suchen. Ihnen sind ihre sachlichen Einwände weiter nichts als übernommene Meinungsarten, hinter denen sie ihre persönlichen Motive zu verbergen streben. Hier heißt es nun erst recht, nicht locker zu lassen. Bringen wir den Einzelnen in der Agitation dahin, daß er seine Einwände nicht weiter aufrecht zu halten vermag, dann schlagen wir ihn aus seiner letzten Schanze. Dann stellt er sich in keinem Mangel an Solidarität vor seinen Kollegen bloßgestellt, was ihm um so unerträglicher wird, je mehr er von deren Solidaritätsgefühl und Opferbereitschaft überzeugt sein muß. Und wahrhaftig, er müßte auch jeden Rest von Ehrgefühl verloren haben, wenn er dann noch weiter kleine persönliche Vorurteile der Achtung seiner Kollegen vorziehen wollte.

Der große Aufschwung unseres Verbandes könnte hier und dort vielleicht die Meinung aufkommen lassen, als dürfe man sich in der Agitation nun etwas auf die faule Haut legen. Das wäre direkt verwerflich. Noch viele Tausende stehen abseits. Deshalb noch einmal, frisch an's Werk! bis auch der letzte Inorganisierte gewonnen ist.

Die augenblickliche Wirtschaftslage

Eine schwere Krise ist seit den Tagen der Revolution über das deutsche Wirtschaftsleben hereingebrochen. Sie konnte ursprünglich aufwärts oder abwärts führen. Heute stehen wir vor dem Bankrott.

Der Herd der Krankheit liegt auf dem Kohlenmarkt. Wohl hat die überhöhte Rückführung der heimischen Erzeugnisse zeitweise fast den gesamten Güterverkehr lahmgelegt, wohl haben die exzessiven Waffenspenden die Eisenbahnwagen auf die härteste Belastungsprobe gestellt. Aber das ist vor dem Bankrott, hat uns im letzten Grunde allein der Kohlenmangel die großen Schwierigkeiten und öffentlichen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke und die allgegenwärtigen industriellen Betriebe haben bislang bei Kosten des Kohlenverbrauches jedesmal um ihren die Jahre hindurch aufgeschwollen Reserven geerntet. Auch diese sind heute aufgebraucht. Das befragt, daß unsere Kohlenpreise in den letzten Wochen noch nicht einmal den ohnedies schon verminderten Bedarf der auf Selbstgewinnung abgestellten deutschen Volkswirtschaft haben befriedigen können. Während sie in Friedenszeiten sogar noch einen Uberschuß von mehreren Millionen Tonnen für die Ausfuhr abgeworfen haben.

Wir stehen heute vor dem Stillstand der Eisenbahnen, weil ein Teil der Betriebskosten nicht mehr aufzubringen sind. Die Eisenbahndirektionen Bromberg und Danzig haben mit fast völliger Betriebs Einstellung beginnen müssen. Sogar in den Grubenbetrieben fehlt es an ausreichender Betriebskohle. Einzelne Kokereien und Hüttenwerke, die unmittelbar neben den Gruben aufgebaut sind, sind im Stillstand und in Oberösterreich bereits stillgelegt. Die Großstädte stehen unmittelbar vor dem Lähmen des Gas- und Straßenaufwerkers, der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung und der Wasserelectricität. Bei einer Reihe von Ueberlandzentralen, bei den großen und für die Landwirtschaft wichtigen in Gardelena und Dorenburg bestanden erhebliche Betriebschwierigkeiten. Die Reichsstaatswerke in Chorzow bekommen so gut wie keinen Strom mehr.

Damit greift der Miß, der durch unsere Industrie geht, auch in das Gefüge der Landwirtschaft über. 4 Jahre lang ist mit dem deutschen Ueberboden Raubbau getrieben worden. Die kommende Frühjahrsernte sollte ihm zum ersten Male wieder neue Kraft in großem Maße zuführen. Wir haben genügend Stroh, Kaffee, sogar auch Phosphor, wenn die Einfuhr aus Lothringen wieder freigegeben ist. Aber auch hier wirft die Kohlennot das ganze Programm über den Haufen. Vor einigen Tagen sind die beiden mitteldeutschen Staatswerke, das Leuna-Werk bei Merseburg und die Reichswerke in Bitterfeld stillgelegt worden. Die Ammoniakfabrikation wird durch die Betriebschwierigkeiten in den Kokereien. Beim Reichsstaatswerk ist der Abzug im Dezember um das Zwanzigfache hinter dem des Jahres zurückgeblieben, obwohl die Aufträge einen immer größeren Umfang annehmen. So steht es mit der Kunstdüngelfabrikation.

Man hat viel gesprochen und geschrieben von der Selbständigkeit und Selbstgenügsamkeit der landwirtschaftlichen Produktion, die nur auf Grund und Boden und der Hände Arbeit angewiesen und darum unabhängig von den in einander verflochtenen Zweigen der allgemeinen Volkswirtschaft sei. Das

dieses Dogma steht heute nur noch auf schwachen Füßen. Denn selbst unsere Landwirtschaft wird durch die Kohlennot mit einer empfindlichen Einschränkung der Bodenbestellung und Ausnutzung bedroht. Der Betrieb der Dampfmaschinen ist mehr oder weniger gefährdet, die Kohlen zum Dreschen gehen aus und die Einschränkung des Betriebes des Kollektors schneidet die Benzol- und Benzolverfertigung für den Maschinenbetrieb der Landwirtschaft ab.

So selbst das auch ansehnliche Projekt der inneren Kolonisation das allernächst als Gesetz herauskommen wird, steht damit vor einem großen Fragezeichen. Denn die Rohbau- und Kultivierung der brachliegenden Moore- und Felder sind nicht mehr auf die maschinelle und chemische Hilfe der technischen Industrie angewiesen als die alljährliche Bestellung des bekannten Mittelandes.

Die verweirte Lage auf dem Arbeitsmarkt selbsterfüllt sich damit ins Hoffnungslose. Unsere Industrie vermag schon heute das Ueberangebot an Arbeitkräften nicht mehr zu fassen. Es handelt die Wirtschaft, von Strom der Produktionskosten auf die Millionen von Rohstoffen, die auf den Weltmärkten bei ordnungsgemäßem Wiederaufbau der Rohstoffe unterer Wirtschaft zu liegen. Auch die herkömmliche Gesundheitsvorsorge von heute an demselben haben der unteren Wirtschaft keine Chance. Dieser Lage ist heute nur der Verzicht auf den Verzicht seine Stimmkraft, dann bleibt nur der Bankrott. Ueberlebt er die Krise, dann wird die Neubelebung unserer Volkswirtschaft nur von einer Gesundung des Kohlenbergbaues ausgehen können.

Dr. J.

Vor den Toren des neuen Deutschland

Demokratie und Solidarismus! heißt die Losung der Zeit. Der Obrigkeitsstaat gehört der Vergangenheit an. Das Volk selbst bestimmt jetzt über seine eigenen Geschicke. Die Demokratie regiert die Zeit. Die christlichen Gewerkschaften sind Anhänger der Selbstbestimmung des Volkes. Dauerns Heil aus der Demokratie sehen sie jedoch nur dann ersprießen, wenn alle Deutschen von dem Bewußtsein durchdrungen sind, daß sie nicht nur von den Menschen, sondern auch vor Gott eine Verantwortung ihres Tuns haben. Die große Klust, die sich heute in unserem Volke aufzut, trotz der Demokratie, die alle zu vertreten anhaben, besteht in dem Misträuen der Menschen gegen den Menschen. Jeder hält sich persönlich für unantastbar und unerschütterlich. Jeder andere hingegen handelt nur aus persönlichen egoistischen Motiven. Jeder — das ist die allgemeine Annahme — bereichert sich auf Kosten seiner Mitmenschen. Andere Motive für jedwedes Handeln läßt man nicht gelten. Diese Tatsache beweist aufs deutlichste, daß alle materiellen Erwerbssachen den Menschen geistlich nicht bereichern. Wahre Kultur kann nur dort erstehen und blühen, wo die wirtschaftliche Betätigung als Mittel zu der von Gott gestellten Aufgabe der geistigen und irdischen Wohlfahrt der Volksgemeinschaft betrachtet wird. Daher Verantwortlichkeitsgefühl vor Gott wird die Demokratie nicht anders sein als ein neues Hilfsmittel der Stärker zur Ausbeutung der Schwachen. Nur wenn die Seele des deutschen Volkes wieder christlich wird, ist die Voraussetzung für ein gedeihliches Wirken der Demokratie im staatlichen Leben gegeben.

Mit dem Bekenntnis zur Demokratie verbunden wird die grundsätzliche Anerkennung zu dem von christlichen Grundansatzungen getragenen „Solidarismus“. Den parteiprogrammatischen Sozialismus der Sozialdemokratie lehnen wir ab. Er entspringt nicht jenem Boden, dem wir entstammen. Er will die Welt bessern, indem er durch die Umstellung der Wirtschaft eine hochstehende Kulturgemeinschaft des Volkes herbeiführen will. Wir sind der Ueberzeugung, daß in ebenso starkem Maße aus der Beeinflussung des Willens des Einzelnen die Vorbedingungen zu wirklichen Fortschritten auf dem Wege der Kulturgemeinschaft erwachsen. Nur aus der Verantwortung vor einem höheren Willen wird jenes Pflichtgefühl erwachsen, werden jene starken Kräfte des Gemeinlebens entstehen, die unser Volk braucht. Vor Gott gibt es kein pflichtloses Eigentum. Sein Besitzer ist nur Sachwalter, um es im Interesse der Mitmenschen zu benutzen. Wirtschaftliche Tätigkeiten des einzelnen Menschen, die über die Befriedigung eigener direkter Bedürfnisse hinausgehen, sind darum nicht Privatsache, sondern Gesellschafts Sache. Unterordnung des wirtschaftlichen Lebens unter die Bedürfnisse der Volksgemeinschaft ist darum die Forderung, die wir erheben. Am Mittelpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit soll und darf nicht mehr stehen die Erwerbssücker der Einzelnen, sondern die Bedürfnisbefriedigung des Volkes.

Abnehmend stehen wir gegenüber dem marxistischen Sozialismus. Er baut auf auf falschen Voraussetzungen und kann er darum der Menschheit nicht die Erlösung aus wirtschaftlicher Not — soweit von deren Befreiung überhaupt die Rede sein darf — bringen. Rettung kann der Menschheit nur kommen durch den aus christlich-solidarischer Gesinnung entspringendem wirtschaftlichen Solidarismus.

Die Zeit ist reif, alle Kräfte für die Verwirklichung des christlichen Solidarismus zu mobilisieren. Ob freilich aus

den politischen Parteien heraus der Sammelruf hierher ergeht ist zu bezweifeln. Die Sozialdemokratie steht noch viel zu tief in den Ideen des marxistischen Sozialismus und die bürgerlichen Parteien wagen es nicht, denen im eigenen Lager die Wahrheit über politische, soziale und wirtschaftliche Notwendigkeiten zu sagen, die an Eigenum fester halten wie an Gott, denen die Vermehrung des privaten Besitzes das A und O, der Inbegriff alles Wirkens ist.

Nur aus der christlichen Arbeiterbewegung heraus kann daher wahrer Demokratie und dem notwendigen Sozialismus im wirtschaftlichen Leben ein Sturmtrupp entstehen. Hier finden wir allein noch jene Ideale, die dem deutschen Volke die Kraft zu einer neuen Auferstehung geben können. Unsere christliche Arbeiterbewegung steht vor einer großen Mission.

Am Aufbau des neuen Deutschland wird sich in stärkstem Maße die Arbeiterchaft beteiligen. Alle Parteien haben Arbeitervertreter in die Nationalversammlung gewählt; die Gewerkschaften als die eigentlichen Träger der Arbeiterschaft stellen dabei das Gros. Aus unserem Verbande sind in die Nationalversammlung gewählt unser Zentralvorsitzender Kollege Wleber, Unterstaatssekretär Kollege Gieseler, Kollege Gilling, Bochum und Kollege Prid, Saarbrücken. In die preussische Landesversammlung die Kollegen Girtzinger und Klost in die bairische Kollege Konrad, in die württembergische Kollege Gengler. Mögliche Arbeit mithelfen, unser armes deutsches Vaterland wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Die Interessen der christlichen Metallarbeiter aber sind bei unseren Vertretern gut aufgehoben.

Was tut uns not?

Der unglückliche Ausgang des Krieges hat für unser Vaterland die ungeheure Gefahr des politischen Zusammenbruchs heraufbeschworen. Das deutsche Volk, dessen Stimme im Rufe der Völker als jetzt Großes galt, ist der Gnade oder Ungnade seiner Gegner überantwortet. Die Revolution mit ihren fortgesetzten innern Wirren und Kämpfen hat Deutschlands Recht von politischem Ansehen vollends untergraben, sie hat uns wehrlos gemacht und dem Abgrunde zugeleitet.

In den Stunden der Not muß sich die seelische Kraft des Volkes in ihrer ganzen Stärke offenbaren. Deutschland muß leben! Es wird leben, wenn wir den

Glauben an uns selbst und unsere Kraft nicht verlieren, wenn wir stark sind im Vertrauen auf unsere Kraft, wenn wir entschlossen sind im Handeln.

Unlösbar verknüpft mit der politischen Stellung unseres Landes ist seine wirtschaftliche Nachentwicklung. Das deutsche Wirtschaftsleben steht vor den größten Aufgaben seiner Geschichte. Arm an Rohstoffen, mit hohen Verzehungskosten belastet, vom Auslandsmarkt schwer zum guten Teile verdrängt, muß die deutsche Industrie einen

Kampf um Sein oder Nichtsein ihrer Zukunft führen. Das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft hängt von dem Bescheide dieses Kampfes ab. Der Arbeiter ist auf Gesundheit und Verdien mit dem Schicksal der Industrie und des Erwerbslebens verbunden. Es liegt daher in unserem vitalsten Interesse, wenn wir alles aufbieten, um die uns zuteilwende wirtschaftliche Position als Volksgemeinschaft zu behaupten. Es geht um unsere Existenz.

Metallarbeiter! Metallarbeiterinnen! Wir müssen mit harter Hand unserem Schicksal Richtung geben. Von den führenden Männern im Industrieleben und Arbeiterleben ist die drohende wirtschaftliche

Gefahr mit klarem Scharfsinn

frühzeitig erkannt worden. Schon lange vor dem politischen Zusammenbruch und schon lange vor Ausbruch der Revolution leimte in führenden Kreisen der Industrie der Gedanke auf, daß zur Bewältigung der furchtbaren Schwierigkeiten der Zukunft das Verhältnis zwischen Arbeitgeberverbänden und Arbeiterorganisationen, zwischen Arbeiter und Unternehmer andere Formen annehmen müsse, wie in Vergangenheit. Es brach sich die Erkenntnis Bahn, daß die von der Arbeiterschaft unter großen Opfern selbstgeschaffene Interessensvertretung der Arbeiter — die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation — zu positiver aufbauender Arbeit berufen sei und dazu gewonnen werden müsse.

Die Geschichte der organisierten Metallarbeiterchaft ist eine aufsteigende

Seite von Kämpfen um die Anerkennung der Organisation.

„Wir wollen Herr im Hause sein.“ Das war der grundsätzliche Standpunkt unserer Arbeitgebetriebe. Von diesem Standpunkt ableitend, glaubte man der Mitwirkung der Arbeiterorganisationen in den so wichtigen Fragen der Judikationsgesetzgebung und des Verwaltungswesens entgegen zu können. Auf diese Auffassung gestützt wurde selbst in den meisten Fällen in der Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Fragen, insbesondere in der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Mitwirkung der Gewerkschaften abgelehnt. Daher viele langwierige, opferreiche und kraftverzehrende Kämpfe in der Vergangenheit. Was der Vergangenheit angehört, hat gewiß noch historischen Wert, es dient uns als Lehre für alle künftige Zeit. Unser Streben aber muß der Gegenwart und nicht in letzter Linie der Zukunft gehören. Unsere Lage fordert Tatkraft, große Entschlossenheit und Energie. Dieser

Wille zur Tat

bedeutet lebendigen Ausdruck in den in den jüngsten Tagen begründeten

Arbeitsgemeinschaften der Arbeitgeber und Arbeiterorganisationen.

Noch ist dieser gigantische Organisationsbau in seinen Einzelheiten erst im Werden begriffen. Die Bestände der Unternehmerorganisationen sind im Verein mit den Gewerkschaftsvertretungen an der Arbeit, um dem künftigen Bestehen unserer Industrielebens entsprechende die Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaften in die Wege zu leiten. Als besondere Hauptgruppen kommen in Frage: Die Großindustrie,

Industrie, Zinkhüttenindustrie, Elektrotechnik, Maschinenbau, Feinmechanik, Metallwaren- und Kleinindustrie, Fahrzeugindustrie, Schiffbau, Brückenbau- und Eisenkonstruktion, das Handwerk usw. Die praktische Arbeit ist bereits im besten Gange.

Was will die Arbeitsgemeinschaft?

Wie stehen im neuen Deutschland Unternehmer und Arbeiter zueinander? Das ist eine für uns alle brennende Frage, denn die deutsche Wirtschaft soll uns ernähren. Wir müssen trotz der niederdrückenden Bedingungen des Friedens Arbeit und Brot

für unsere Volksgenossen schaffen. Unsere Lebensinteresse ist auf das innigste verknüpft mit der Frage: Wie verhindern wir den Zusammenbruch unserer Industriewirtschaft, wie sichern wir die Erzeugung, wie haben wir Handel und Verkehr? Das Programm der Arbeitsgemeinschaft stellt an seine Spitze folgenden höchbedeutenden Satz:

„Durchdrungen von der Erkenntnis und der Verantwortung, daß die Wiederaufichtung unserer Volkswirtschaft die Zusammenarbeit aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte und allseitiges einträchtiges Zusammenarbeiten verlangt, schließen sich die Organisationen der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen.“

Die Arbeitsgemeinschaft bezweckt die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen sowie aller sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten.“

Das ist neudeutsche Wirtschaftspolitik, das ist Fortschritt fruchtbringendster Art, das ist

Arbeit am deutschen Volke.

Als erste und wichtige Aufgabe fällt den nach den Grundsätzen der Arbeitsgemeinschaft gebildeten Sachausschüssen für die wirtschaftliche Demobilisierung die vorläufige Regelung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitserleichterung, der Auftragsbeschaffung, der Rohstoffversorgung usw. zu. Darüber hinaus wird in absehbarer Zeit alles getan werden müssen, um die

Bedingungen des Lohn- und Arbeitsvertrages durch Kollektivvereinbarungen zu regeln und zu sichern.

Warum

hofft Du im Monat Januar keine Maßnahmen gebracht?

Tausende andere Kollegen haben Unorganisierte gewonnen.

Du hättest das auch gemacht, wenn Du eifriger zugepackt hättest.

Hol: darum das Veräumte im Februar nach.

Der erste öffentliche Aufruf der Arbeitsgemeinschaft, also der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter kommt zu dem bündigen Schluß, daß sich die

nicht organisierten Arbeiter den Gewerkschaften anschließen müssen,

um sich Einfluß auf die Gestaltung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu sichern. Wenn das organisierte Unternehmertum ganz folgerichtig dieses Verlangen stellt, kann dann noch in Zukunft ein Metallarbeiter, eine Metallarbeiterin nichtorganisiert sein?

Nein! Der Unorganisierte vermag sich in der Tat nicht mehr zu halten. Er darf sich nicht mehr abseits setzen, wenn die großen Aufgaben der Zukunft gelöst, wenn wir der Not des Volkes Herr werden sollen.

Der wertvollste Aufruf der Arbeitsgemeinschaft hebt an einer Stelle hervor:

„Die Unternehmer werden dem Geiste sozialer Gemeinschaften bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen ganz Rechnung tragen.“

Die Arbeiterschaft muß sich bewußt machen, daß die großartige Idee dieser sozialen Gemeinschaftsarbeit noch lange nicht in erforderlicher Weise in alle Unternehmungskreise eingebracht sein wird. Es werden noch viele Hindernisse zu beseitigen sein. Allseitige Anerkennung der Arbeitsgemeinschaften in Stadt und Land, von großen wie kleinen Unternehmern zu

fordern und zu erkämpfen,

muß daher unser Ziel sein.

Wir Arbeiter und keine Arbeiterin darf mehr unorganisiert ausgehen. Die christlichen deutschen Metallarbeiter schließen sich dem christlichen Metallarbeiterverband an.

Das muß die Parole werden, unter der wir stehen.

Schmiedet das Eisen!

Mit der Revolution als solcher haben wir nichts zu tun. Ihre Urursachen liegen beim alten System, das leider allzu tief zur Umbildung kam. So hätte die Sozialdemokratie genügend Wind in den Segeln, um den Segelzug für die Errichtung ihrer Weltordnung in unseren Ländern zu können. Ganz ist heute schon geistig das Vaterland, ohnehin in schwerster Not, durch diese Revolution vor dem totalen Zusammenbruch. Wenn noch einen Haufen Vaterlandsleute in Erde hat, klettert und hängt um den Hals unseres Volkes und die Tränen unseres Volkes. Aber Bewusstheit und Wieder-

geschlagenheit darf in uns nicht Platz greifen. Kopf, Herz und Hände müssen wie erneut emparraden, um den Weg nach oben wieder zu finden. Schon ist das Volk erwacht. Vor gestern noch Salafutige war, steht heute das Volk in der Bereitschaft, mitzutun, um das arme, getretene Vaterland wieder herausbringen zu helfen aus Schande und Jammer. Viele, die unter dem Druck der Kriegsverhältnisse nicht mehr aus und ein mußten und die Sozialdemokraten gewöhnen ließen, bündeln sich wieder auf sich selber. Die Erkenntnis wächst, daß das, was der Radikalismus vollführt, nun erst recht das Verderben ist.

In riesenhaften Ausmaßen hat die Revolution eine Scheidung der Geister vollzogen, und alle Tauen und Gleichgültigen aufgeweckt. Nicht zum Schaden der christlichen Gewerkschaften Erneut ist mit aller Deutlichkeit erwiesen, wie ungeheuer wichtig die Mission unserer Bewegung im deutschen Vaterlande ist. Die blindwärtige, radikale Gefährlichkeit der Sozialdemokratie, die sich in maßgebend die deutsche Arbeiterbewegung nennt, hat sich erneut in schärfster Form erwiesen. Warum sind Millionen Herzen geworden, dem mit aller Kraft entgegenzuwirken. Von unten heraus muß die Befundung kommen. Der gewerkschaftliche Aufbruch der Millionen deutscher Arbeiter, die dem Radikalismus Feind sind, muß bei den christlichen Gewerkschaften erfolgen. Schon fließt der Strom. Tausende bereits fanden in den letzten drei Wochen den Weg zu uns. Tausende von Jugendlichen sind unter ihnen, die uns entgegenrufen: Wir wollen mit euch marschieren, macht uns zu ganzen deutschen Arbeitern und Gewerkschaftlern! Dem dürfen wir nicht entgegen sein. Mähet die Hände und schaltet das Eisen! Jetzt ist es Zeit!

Streiflichter

So wird sozialisiert

Die Arbeiter der Firma Gebr. Schieß, Maschinenfabrik, haben, laut Presse, den Direktor Kaufmann abgesetzt und ihm das Betreten der Fabrik verboten — Die Arbeiter der Firma de Preis haben das Bankguthaben der genannten Firma beim A. Schaaffhausen'schen Bankverein und der Reichsbank gepfändet und als Eigentum der Arbeiterschaft erklärt.

Wir stehen an manchen Stellen schon mitten in russischen Verhältnissen, die uns sonstüber in das Verderben rücken. Die sozialdemokratische Regierung erläßt dagegen Dekrete und im übrigen hält sie sozialdemokratische Wahlen. Die Schuld an den trostlosen Zuständen trägt nicht allein Sozialismus, sondern vor allen Dingen auch die sozialdemokratische Regierung, die die Hand schellen läßt und Anordnungen erläßt, wo schicksalhaftes Durchspaden einzige Rettung wäre.

Sozialdemokratische Arbeiterräte für den Abbau der Löhne

Die Funktionäre und Arbeiterräte der sozialdemokratischen Mehrheitspartei beschließen nach einer Besprechung der wirtschaftlichen Lage folgende Resolution:

„Wenn unsere Industrie und das ganze Geschäftswesen wieder in Ordnung kommen soll, ist es in erster Linie nötig, die Arbeits-Lohn so abzubauen, daß die Löhne der mit uns konkurrierenden Länder entsprechen, um so der deutschen Industrie die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen aber auch die Preise der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel so herabgesetzt werden, daß diese der Lage des Weltmarktes entsprechen. Die Ersammlung erfüllt, daß sie die Regierung, zu der sie volles Vertrauen hat, auf diesem Wege vorwärts treiben will, um so schnell wie möglich zu geordneten Zuständen zu kommen.“

Unser Wirtschaftsleben ist erschüttert, und wenn wir wieder zu besseren Verhältnissen kommen wollen, dürfen wir an einschneidenden Änderungen nicht vorbeikommen. Bezeichnend ist, daß die Arbeiterräte der sozialdemokratischen Mehrheitspartei für Abbau der Löhne sich ansprechen. Es zeigt sich schon, daß auch die neue Regierung mit Wasserlösen und wahrscheinlich noch manches Loch zuzudecken muß. Von dem revolutionären „Juliusthau“, den uns die Revolution bringen sollte, bleibt nichts übrig als hässliche Not, besonders der Arbeiterschaft.

Ein feines Leben führen wir!

Unter den Magistraten der Groß-Berliner Vororte herrscht starke Erregung darüber, daß der Vollzugsrat des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates von ihnen je 12000 Mark wöchentlich angefordert hat. Der Vollzugsrat hat nämlich am 7. Januar an die Berliner Gemeinden folgendes Schreiben gerichtet:

„An den Magistrat der Stadt

Beifolgend überreichen wir Ihnen eine Aufstellung unseres Haushaltsvoranschlages, und bitten wir pro Woche 12000 Mark für den Vollzugsrat Groß-Berlins und bitten, uns diesen Betrag pro Woche zur Verfügung zu stellen oder eventuell einen größeren Betrag für einen längeren Zeitraum zu überweisen in der Rechnung für Deutschland auf das Konto Müller-Wolkenbuhr-Magazin.“

Eine beigefügte Aufstellung weist folgende Ausgaben nach:

21 Mitglieder des Vollzugsrates	täglich 40 M.
3 Sekretäre des Vollzugsrates	täglich 35 M.
1 Beamter des Vollzugsrates	täglich 30 M.
6 Angestellte des Vollzugsrates	täglich 35 M.
1 Stenotypistin des Vollzugsrates	täglich 35 M.
1 Stenotypistin des Vollzugsrates	täglich 25 M.
1 Stenotypistin des Vollzugsrates	täglich 20 M.
9 Stenotypistinnen des Vollzugsrates	täglich 15 M.
1 Sanitätsdame des Vollzugsrates	täglich 15 M.
2 Mann Fahrbereitschaft	täglich 35 M.
1 Mann	täglich 10 M.
2 Mann	täglich 18 M.
2 Kellner	täglich 18 M.

Der Monatsgehältern von 1050 Mark lohnt es sich schon, Angestellter oder Fahrbereitschaftler des Vollzugsrates zu sein, wenn man eben nicht mit 12000 Mark selbst Mitglied des Vollzugsrates sein kann. Und was haben die Herren Vollzugsräte dafür geleistet und geschafft? Ihre Hauptbeschäftigung war nur so es De' a tieren, in ihrem gemüthlichen Leben; die Arbeit ist vom Vollzugsrat nicht erfinden worden. Jetzt braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Herren A- und S-Räte mit Röhren und Rauen ihre Stellung verteidigen. Besser ist für die Aktionisten einer bezahlt worden. Daß das Volk nachher die Steuern unter größten Opfern da für aufbringen muß, schert ja die Herren Sozialdemokraten wenig.

Erzelenz Scheidemanns Extrazug

Der Herr, als die Kaiserin Europas in Extrazügen über Sonderwegen ihren Reisen unternahm, da überdies sich jedes Genossenschaftsmitglied in Deutschland vor Herrn und Erziehung über die Bevorzugung der „geliebten Kaiserin“ jedes sozialdemokratische Blatt forderte, jedoch wenigstens das mal die radikale Abschaffung aller Vorrechte. Insbesondere wurden die Vorschriften bei den Reisen des Herrn auf Schiffe verhängt und kritisiert. Jeder echter Republikaner las mit besonderem Wohlgefallen den Artikel, denn gegen Monarchen kämpfen sei doch eine Kleinigkeit, schon der Sparsamkeit wegen und der Einfachheit halber. Heute ist's anders! Heute fahren die angeführten Extrapläne der sogenannten Berliner Regierung ebenso in Extrazügen, wie Kaiser Wilhelm oder sonst ein Fürst es früher getan hat. Einfachheit und Sparsamkeit sind als die Tugenden der Extrazüge. Unlängst! Nur ganz einfältige Genossen denken das unseren „Kaisers Extrazügen“ zumuten; vor der Zeit ihrer Reise sind sie sicher, weil sie angekündigt sind.

Vor einigen Tagen sollte Erzelenz Scheidemann in Kassel die Wahlkreise in seinem Wahlkreis halten. Jeder andere Kandidat würde zum Amt gehen, einen Reizeausweis erbiten und dann brüderlich aber nicht ohne gewisse Vorteile mit dem fahplanmäßigen Zuge zu dem Versammlungsort fahren. Der Reizeausweis soll zur Entlastung der schwerbedingten Eisenbahn dienen: Lokomotiven, Wagen und Personal müssen auf Rücksicht auf die Truppentransporte und den Mangel an rollendem Material für Lebensmitteltransporte gespart werden. Das war eine ganz gute Verordnung der „Kaisers Extrazüge“, nur sie kümmerten sich selbst den Teufel drum. Erzelenz Scheidemann hat keinen Ausweis nötig; wenn er zur sozialdemokratischen Versammlung nach Kassel fahren will, dann fährt er einen Extrazug anspannen, fährt hin, redet, läßt sich Bewilligungen geben und fährt dann wieder im Extrazug nach Berlin zurück. Das nennt man in der sozialistischen Republik Sozialismus im Eisenbahnverkehr zugunsten des Volkes.

Es geschah aber noch mehr. Gegen das soziale Leben Scheidemanns haben schärfste Menschen angeblich einen Morbanschlag geplant, und deshalb ist der Extrazug zweimal angehalten worden. Fünfzig beherrschter Arbeiterklasse des Reichs- und Betriebspersonals und Umkleung des Extrazuges konnte Philipp Hell und gesund nach Berlin zurückkehren. Das ist sehr erfreulich; aber was das Theater mit dem Extrazug? In diesen Zeiten eines Extrazuges von Berlin nach Kassel auf Staatskosten fahren zu lassen, ist eine große, Klassen- und Klassenverehrung, die wir ebenso verurteilen müssen wie zur Zeit der Monarchie. Wenn Scheidemann zu seinen Wählern reisen will, dann mag er selber in einem bescheidenen Mittel der Klasse fahren und einen Posten dafür bezahlen lassen, aber einen Sonderzug auf Staatskosten dazu zu benutzen, ist echt — republikanisch!

Ungeprüfte Sozialisten reisen und regieren nicht billiger als Kaiser und König!

Im wirtschaftlichen Zusammenbruch

Die sozialdemokratische Regierung, die mit einem nicht mehr zu überbietenden Phrasenschaum von Freiheit, Gleichheit, Ordnung usw. ans Tageslicht trat, hat in den drei Monaten ihres „herrlichen Bestehens“ gezeigt, daß weder Gleichheit, noch weniger Gerechtigkeit, und am allerwenigsten Ordnung unter ihrer Leitung zu finden sind. Von einem Zusammenhalt ist überhaupt keine Rede mehr. Und wäre nicht das alte eingeführte Beamtenpersonal da, das treu und opferbereit seine Willkür tut, die sozialdemokratische Regierung hätte schon nach einem Monat das glänzendste Fiasko gemacht. Augenblicklich fährt sie uns mit Volkswind zum wirtschaftlichen Zusammenbruch, weil sie absolut nicht die Fähigkeit und die Macht hat, Ordnung zu schaffen, die allein uns retten könnte. Zwar liest man täglich Anforderungen zur Arbeit, aber wo in den sozialistischen Bestrebungen befindet man sie. In Düsseldorf hat der rote U- und S-Mat die Arbeitslosenunterstützung auf 13 Mark festgesetzt für Verheiratete und 9 Mark für Ledige. Für Notstandsarbeiter legt er bei achtstündiger Arbeitszeit 16 Mark fest. Es liegt auf der Hand, daß bei einem solchen kleinen Unterschied von 3 Mark es viel bequemer ist, nicht zu arbeiten. Aber auf diese „Straßen“ rechnen ja die Herren. Das ist ihre beste Truppe, mit der man eine Stadt in Schach halten kann, widerstandslos geschossen wird.

Diese Verhinderung unseres Wirtschaftswachstums, das die sozialdemokratische Republik auf dem Gewissen hat, hat geradezu ungeheure Dimensionen angenommen. Durch die sozialdemokratische Presse geht eine Verhöhnung der Lage, in der wir uns befinden. Es heißt da:

Wenn das so weiter geht und wenn sich vor allen Dingen die Erzeugung der Produktionsleistungen nicht ändern, dann ist die unausbleibliche Folge eine wirtschaftliche Katastrophe mit den furchtbarsten Begleiterscheinungen.

Betrachten wir zunächst die Beziehungen zwischen Kohlenmangel und Wirtschaftsleben.

Die Rückwirkung des Kohlenmangels auf die Industrie muß naturgemäß sehr empfindlich sein. Vor allem ist die Kohleenerzeugung bedeutend verringert. Die Hochöfen brauchen zur Inbetriebhaltung täglich ununterbrochene Zufuhr großer Kohlenmengen. Wird der Hochofen kaltgelegt — wie das schon in obersteirischen und westfälischen Eisenhütten geschah —, so dauert es Monate, um ihn wieder in Gang zu bringen. Die Kohleenerzeugung ist gegenüber der Arbeitszeit heute um mehr als 60 Prozent zurückgegangen. Zu bedenken ist, daß das vom Feinde besetzte Saargebiet und der Lotharinger-Luxemburger Bezirk, die über ein Drittel der Kohleerzeugung an uns lieferten, heute als die erantene nicht mehr in Betracht kommen. Deutschland mußte sich außerdem verpflichten, Kohle, Erze usw. an die Franzosen liefern. So gelang auch noch der Kohlenmangel zu starken Betriebsbeschränkungen. Tausende von Bergleuten, die in Produktion doch erst wieder eine lebhaftere Bauaktivität ermöglicht, mußten stillgelegt werden, elektrischen Kraftstationen und Überlandzentralen fehlt es an Betriebsstoffen, selbst die Landwirtschaft leidet schon darunter, da Düngemittel und Strohwerke stillgelegt werden müssen, und es so der Landwirtschaft für die Frühjahrsbestellung an Düngemitteln fehlt. Und in den Städten wissen wir nicht, ob die Bevölkerung morgen noch mit Leuchtgas versorgt werden kann, da die Kohlenvorräte völlig erschöpft sind.

In gleicher Weise erwachsen dem Transport große Schwierigkeiten. Die Störung des Güterverkehrs erschüttert die Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens. Unsere Eisenbahnen sind ungeheuer überlastet; unsere Lokomotiven und Wagen aber befinden sich meist in höchst defektem Zustand. Eine große Anzahl Menschen und ungeheure Mengen von Materialien können nicht mehr von der Front zurückbefördert werden. Wir hatten in Friedenszeiten einen Bestand von etwa 3600 Lokomotiven und etwa 78000 Wagen. Ende 1918 aber

hatten wir nur noch etwa 30000 Lokomotiven und 510000 Wagen in selbständig gebrauchsfähigem Zustand. Dazu kommt noch, daß wir 5000 Lokomotiven und 150000 Wagen an die Entente ausliefern müssen.

Und trotz der großen Arbeitslosigkeit, die besonders in den Großstädten von Tag zu Tag in erschreckendem Maße steigt und starke Anforderungen an den Steuerfiskus des Staatsbürgers stellt — in Berlin sind zurzeit über 100000 Arbeitslose zu zählen —, sinkt die Produktion in gefährdendstem Maße. Von einer großen Berliner Lokomotivbaufirma ist bekannt, daß sie sich vertraglich zur Lieferung von monatlich 23 Lokomotiven verpflichtet hatte. Sie wäre unter normalen Verhältnissen dazu sehr wohl in der Lage gewesen, hat sie doch während der Kriegszeit durchschnittlich eine Lokomotive täglich geliefert. Sie konnte im Oktober 20 Lokomotiven liefern, im November 6 und im Dezember gar keine! Rohmaterial fehlte wenig, die Richtfertigung des Vertrages war in der Hauptsache dem starken Rückgang der Arbeitsleistung zuzuschreiben, so daß sich die Firma genötigt sah, durch öffentlichen Anschlag in der Stadt die Arbeiter auf das Bedenkliche ihres Handelns hinzuweisen und sie zur stärkeren Arbeitsleistung aufzurufen. Fortgesetzte Streiks, hauptsächlich Demonstrationstreiks, waren die Ursache dieser überaus großen Verringerung der Produktion.

Neben diesen durch das Fehlen von Rohmaterialien und zwecklose Streiks bedingten Einbußen beim Wiederaufbau unserer Industrie wird diese in ihrer Konstruktionsfähigkeit durch übermäßig hohe Löhne lahmgelegt.

Für die so nötigen Lebensmittel, die wir hauptsächlich nun halb vom Ausland herbeibringen, werden wir Konstruktionsfähigkeiten anstreifen müssen, da wir für die Zahlungsmittel nicht haben und der Kurswert deutscher Geldes im Ausland durch den Anstieg der Industrieerzeugnisse auf dem Weltmarkt angetrieben, da gut zwei Drittel unserer Bevölkerung in der Industrie arbeitet. Das schwer davorbedingende, fast verblutete Deutschland könnte sich sonst nicht wieder erholen. Gewiß, ein etwas höherer Lohn verteuert den Preis des Arbeitsproduktes nicht erheblich. Steigt der Lohn aber in so bedeutendem Maße, wie jetzt vielfach, so wird das Produkt doch wesentlich im Preis erhöht.

Metallarbeiter! Metallarbeiterin!

Das neue Jahr hat für unsern
Größten Metallarbeiterverband
verheißungsvoll
begonnen.

Wir dürfen nicht locker lassen.
Vorwärts ist die Parole!
Was hast Du erreicht?

Von einem größeren Werte, das im Frieden an Lohn und Gehältern 113 Millionen Mark jährlich zahlte, wurde bekannt, daß es gegenwärtig 273 Millionen zahlt, durch Bewilligung weiterer gesteigerter Forderungen wären diese Lohnsummen auf über 300 Millionen Mark gestiegen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß im Frieden nur ein Drittel, jetzt aber die Hälfte der Arbeiterschaft wirtlich ist.

Schon die Verkürzung der Arbeitszeit auf die gesetzlich festgelegten 8 Stunden macht für viele Betriebe eine erhebliche Mehrleistung an Lohn aus; in einem Werke, das jährlich 20 Millionen an Lohnsummen auszahlt, erfordert diese Arbeitszeitverkürzung 343 Millionen Mark Mehrausgabe. Derselbe Betrieb zahlte 70000 Mark als sogenannte Entschädigungsumme an die Angestellten, die Bewilligung von Ferien veranlaßt er mit 600000 Mark Kosten, und jeder Revolutionstag hat ihn an Arbeitsausfall etwa 100000 Mark gekostet. Dieser oder jener größere Betrieb kann Mehrausgaben, die durch gesetzliche Vorschriften entstehen, gewiß noch ertragen. Kommen dazu aber übertrieben hohe Lohnforderungen, so gefährdet das die Grundlage der deutschen Industrie, und wir treiben russischen Zuständen zu.

Diese Zustände wird aber niemand als Ideal für Deutschland betrachten wollen. Treiben wir aber nicht schon in demselben Schraffier, wenn nicht verständige Einsicht bald bei allen Einleht hält?

So sieht es in unserm Vaterlande aus. Und fragen wir, wer hat die Schuld an der Verlodderung? Es ist bequem, auf Spartakus hinzudeuten. Wer letzten Endes ist doch Spartakus auch Fleisch von sozialdemokratischem Fleisch. Der erste Grund liegt in dem Unvermögen der Sozialdemokratie, ihre Anhänger eifrig zu erziehen. Das kann ja auch eine Bereinigung nicht, die das Material als das Beste erklärt. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft ist jahrzehntelang in dem Geiste erzogen worden und zieht jetzt die Konsequenzen daraus. Für die ungeheuren Folgen unseres wirtschaftlichen Zusammenbruchs und unserer durch Streikbewegungen andauernden härtesten wirtschaftlichen Not mag sich die deutsche Arbeiterschaft bei der sozialistischen Republik bedanken.

Arbeiten! Arbeiten!

Die geradezu trostlose Lage des deutschen Wirtschaftslebens in neben den unheilvollen politischen Verhältnissen und der Lebensmittelknappheit auf

zurückzuführen die immer schlimmere Folgen zeitigt. Bereits seit November vorigen Jahres folgt ein Kohlenarbeiterstreik dem anderen. Obwohl die Forderungen der Bergarbeiter im

weitgehendsten Maße erfüllt worden sind, werden immer neue Ansprüche gestellt. Es wird neuerdings gefordert, daß die Bergarbeiter jedem Arbeiter eine große Summe Geld für die Bergangehörigen geleistet Arbeit auszahlen sollen, ohne Rücksicht darauf, ob von jedem Einzelnen der Empfänger die Arbeit tatsächlich geleistet worden ist, vor allen Dingen jedoch ohne Rücksicht darauf, ob die Werke überhaupt noch in der Lage sind, die außerordentlich hohen Beträge zu zahlen. Solche Bedingungen können doch nicht gestellt werden, in der Absicht, die Kohlenförderung zu verringern und eine Kohlennot herbeizuführen. Mit der zunehmenden Kohlenknappheit verlegt unsere

Kraft, Wärme und Lichtquelle,

und es entsteht ein völliger Rohstoffmangel bei denjenigen Wirtschaftszweigen die sich auf die Kohle, den Holz und die Gewinnung der Nebenprodukte als ihre einzige Rohstoffquelle stützen. So wird

des Angehörigen

Irland: Deutschlands Wirtschaftsleben geht zugrunde, weil die Kohlenarbeiter die Arbeitsleistung ablehnen, wenn auch Millionen Hände infolge dessen aus Mangel an Arbeit zusehends ruhen müssen. Die Gemeinden und Gewerkschaften verwenden riesige Summen, um den Arbeitslosen die Ernährung zu ermöglichen während die Arbeitslosigkeit durch Verhinderung oder Einschränkung der Kohlenförderung vermehrt wird. Dadurch muß der Zusammenbruch unserer Wirtschaft und unserer Volksernährung eintreten. In dieser Stunde der Gefahr hält sich die

Arbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands

sie verpflichtet, die Mahnung an die beteiligten Arbeiter zu richten, das deutsche Land und seine Wirtschaftskraft vor dem Ruin zu bewahren. Während des Krieges ist die Bevölkerung unseres Landes nicht eingetretet — sie darf nun nicht durch die eigene Bevölkerung, der

Die wirtschaftliche, politische Freiheit

zuteil geworden ist, herbeizuführen werden. Darum sind Bußsühne und wilde Streiks nicht die Wege, die auch zum Ziele führen! Nur durch die Organisationen könnt ihr eure Interessen richtig vertreten und euch dauernd ein den Lebensbedürfnissen entsprechendes Einkommen sichern.

Die Arbeiter erziehen wir gemäß dem Abkommen der Arbeitnehmer und Arbeitgeberorganisationen vom 15. November 1918 die Arbeitsbedingungen zu regeln.

Die Arbeiter fordern wir auf, mit größter Entschlossenheit alle Maßnahmen zu treffen, die eine ausreichende Kohlenförderung und die Aufrechterhaltung der für unser Wirtschaftsleben unentbehrlichen Betriebe sichern.

Nur einig und geschlossen Vorwärts

Dieser drei Faktoren kann uns vor der furchtbarsten Katastrophe bewahren, die je ein Volk beehrte. Möge diese Mahnung in der letzten Stunde, die uns zur Umkehr bleibt, nicht unversucht verhallen. Die deutsche Arbeiterschaft hat Zeugnis abzugeben nicht nur vor dem eigenen Lande, sondern vor der ganzen Welt, ob sie sich für die Ausübung der größten politischen Freiheit, ob sie fähig ist zum wirtschaftlichen Aufbau. Sie muß sich ihrer Verantwortung bewußt sein und ihre Pflicht tun gegenüber den Familien, gegenüber dem eigenen Volke und seiner Zukunft. Wer sich in diesen schweren Tagen der Pflichterfüllung entzieht, trägt die Verantwortung für das Elend, das über unser Volk hereinbrechen muß, das Elend, das letzten Endes ihn und seine Familienangehörigen in gleichem Maße treffen wird.

Arbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands.

Dieser Aufruf richtet sich besonders an die Bergarbeiter, von denen ein großer Teil als einzige Beschäftigung den Streik ansetzt. Riesengroß ist die Verantwortung der Bergarbeiter gegenüber der anderen Arbeiterschaft. Mögen sie sich dessen endlich bewußt werden.

Die Bilanz des Bolschewismus

Immer wieder muß auf die Folgen des Bolschewismus aufmerksam gemacht werden, der sich auch bei uns ausbreiten will. Was der Bolschewismus vernichtet, zeigt Rußland. Der russische Sozialist Sawronskij schreibt darüber:

Nimmt man die bolschewistischen Dekrete, die Tausende von Dekreten, zur Hand — so könnte man sich vielleicht wirklich einbilden, daß in Rußland der sozialistische Staat aufgebaut wird. Nicht umsonst waren die Führer der Bolschewiki immer so produktive und talentvolle Literaten. In Wahrheit aber bolschewistisch doch etwas ganz anderes: ein völliger Zerfall der bolschewistischen Wirtschaft, und zwar nicht ein einfacher Zerfall, sondern ein typischer und deutlicher Zerfall ins Kleinbürgerliche.

Als die Bolschewiki gezwungen waren, die Industrie „auf einer neuen Basis“ zu organisieren, konnten sie auch hier nichts anderes tun, als zu ihrem bewährten Mittel der „Schöpferkraft der breitesten Massen“ zu greifen. Die Arbeiterkontrolle wurde eingeführt; d. h. die einzelnen Unternehmungen wurden unter die Aufsicht der Fabrikkomitees, d. h. der Arbeiter dieser Unternehmungen gestellt. Ein Jahr ist vergangen — und die Vertreter der Staatskontrolle behaupten, daß die Arbeiterkontrolle völlig ausgeartet sei. Sie sei die „Eigentümerin der Unternehmung, nicht eine bloße Kontrolle“ geworden. Der eine Vertreter, der Fabrikant, wurde durch eine Gruppe von Besitzern ersetzt. Daß dabei aber die ganze Produktion nicht zum Nutzen des Staates gedeiht und auch nicht gedeihen kann, daß sie vielmehr zu keinem direkten Schaden, d. h. zum Schaden der breitesten Massen des werktätigen Volkes ausschlägt, das erkennt man schon aus folgenden: in der ganzen Metallarbeiterindustrie beanspruchte schon im Sommer dieses Jahres der Lohn der Arbeiter und Angestellten 105 Prozent des Bruttowertes der Produktion. Für eine ganze Gruppe von Fabrikanten wurde festgestellt, daß die ganze von ihr hergestellte Ware den Wert von 70 Prozent des Betriebkapitals nicht übersteigt. In aller Erinnerung ist noch die Tatsache, die Sinowjew auf einer Plenarsitzung des Petersburger Sowjets mitgeteilt hat. Die Turinische Fabrik erhielt für eine bestimmte Zeit 98 Millionen Rubel Staatsunterstützung; davon wurden 66 Millionen als Arbeitslohn verbraucht, während der Gesamtwert der Produktion noch nicht die Summe von 15 Millionen erreichte! Hierin liegt eben das Wesen der Sache: die ganze Industrie der Sowjet-Republik, sofern sie überhaupt noch besteht, hält sich ausschließlich mit Hilfe staatlicher Unterstützung, aber der Gesamtwert ihrer Produktion beträgt nicht einmal die Hälfte des Betrages dieser Unterstützung. Unter solchen Bedingungen ist der Staatsbankrott unvermeidlich.

